
Presse.

Gemeinde Göfis

Pressekonferenz am 25. September 2020

Lebenswerte Wohngemeinde, aber hoch verschuldet

Göfis bietet seinen 3.500 Einwohnern eine hochwertige Infrastruktur zum Wohlfühlen – von der Zentrumsgestaltung über Vereinsförderungen bis zum neuen Kinderhaus. Bürger werden aktiv in die Ortsentwicklung eingebunden. Die Prüfung des Landes-Rechnungshofs zeigte allerdings auch eine extrem angespannte Finanzsituation, die sich weiter verschlechtern wird. „Für Investitionen stehen keine Mittel zur Verfügung, die Pro-Kopf-Verschuldung liegt deutlich über jener von Vergleichsgemeinden“, erläutert Brigitte Egger-Bargehr. Zudem sieht der Landes-Rechnungshof dringenden Handlungsbedarf bei Verwaltungsabläufen, vor allem im Hinblick auf Mahnwesen und Kassaführung sowie bei Interessenkonflikten.

Göfis steht für eine der 22 mittelständischen Gemeinden zwischen 2.500 und 5.000 Einwohnern im Land. Sehr viele davon haben sich im Umfeld größerer Kommunen als attraktiver Lebensraum etabliert. Aufwendige Infrastrukturen insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich werden mitgenutzt. Als Wohngemeinde verfügt Göfis über sehr geringe Einnahmen aus Kommunalsteuern. Fachkundige Serviceleistungen werden über Kooperationen mit anderen Vorderlandgemeinden bezogen, was die Direktorin des Landes-Rechnungshofs Brigitte Egger-Bargehr als notwendige und sinnvolle Maßnahme anerkennt. Diese regionalen Prozesse werden weitgehend professionell abgewickelt. Die Steuerung und Kontrolle von Geldflüssen oder das Darlehensmanagement werden jedoch auf Wunsch der Gemeinden nicht durchgeführt. Im Bereich der Kinderbetreuung und beim sozialen Wohnen bietet Göfis einen hohen Standard. Für ältere und pflegebedürftige Menschen fehlt jedoch ein Konzept der Gemeinde zur Deckung des steigenden Bedarfs.

Großzügiges Kinderhaus überfordert Finanzsituation

Die bereits angespannte Finanzlage von Göfis hat sich im Prüfzeitraum, den Jahren 2015 bis 2018, weiter verschärft. Durch erhebliche Investitionen insbesondere in das Kanal-, Wasser- und Straßennetz war der Gemeindehaushalt stark belastet, sodass keine freien Mittel für große Projekte zur Verfügung standen. Mit dem Bau des Kinderhauses im Zeitraum 2017 bis 2018, welches über Kredite und Förderungen finanziert werden musste, hat sich diese Situation noch weiter angespannt. Die Gesamtkosten lagen bei € 4,20 Mio. „Das ist eine Million Euro und damit ein Drittel über dem ursprünglich beschlossenen Kostenrahmen von € 3,16 Mio.“, betont Direktorin Egger-Bargehr. Für einen Teil dieser zusätzlichen Kosten lagen keine Beschlüsse der Gemeindevertretung vor. Auch wurden im Zuge der Vergaben Fehler gemacht. Besonders kritisch sieht der Landes-Rechnungshof die mit Architekten und baunahen Dienstleistern getroffenen Honorarvereinbarungen. Diese bewirkten, dass die Baukostensteigerungen automatisch zu einer Erhöhung der Honorare führten, und zwar unabhängig von Mehrleistungen. Um dies zu vermeiden, empfehlen die Prüfer, Anreize zur Kosteneinhaltung von vornherein zu vereinbaren, etwa durch ein Bonus-Malus-System oder eine Deckelung.

Wenig Überblick bei fortschreitender Verschuldung

In den vier geprüften Jahren nahm die Gemeinde Göfis doppelt so viel Kreditvolumen auf, wie sie zurückzahlte. Eine zusätzliche Belastung stellt der beträchtliche Fremdwährungsanteil durch Frankenkredite dar. Neben deutlichen Kursverlusten ist im Jahr 2020 durch rechtliche Vorgaben eine aktualisierte Bewertung dieser Darlehen erforderlich. Dies lässt den Schuldenstand um eine weitere Million Euro ansteigen. Darüber hinaus be-

mängelt der Landes-Rechnungshof, dass die Gemeinde den Kontokorrentrahmen deutlich erhöhte, ohne die erforderlichen Beschlüsse der Gemeindevertretung sowie die Genehmigungen der Aufsichtsbehörde einzuholen. Die Rahmenerhöhungen bei der Bank wurden nur telefonisch oder per Mail durchgeführt. „Der gesamte Schuldenstand der Gemeinde war somit nie transparent“, kritisiert Egger-Bargehr. Die Verschuldung pro Kopf stieg in Göfis im Prüfzeitraum von knapp €4.000 auf €4.600 an, während sie in vergleichbaren Gemeinden in diesen Jahren auf ca. € 2.800 zurückging.

Abläufe verbessern und Risiken reduzieren

In der Gemeindeverwaltung erkannte der Landes-Rechnungshof einen teilweise nachlässigen Umgang bei internen Abläufen. Dies betrifft beispielsweise das Mahnwesen. Um das hohe Ausmaß an offenen Forderungen – die teilweise schon über viele Jahre bestehen – zu reduzieren, sind regelmäßige Überprüfungen, Mahnläufe und Wertberichtigungen oder Ausbuchungen notwendig. Auch bei der Kassaführung beanstandet die Direktorin erhebliche Mängel: Kassabelege waren unzureichend oder fehlten gänzlich, die Genehmigung von Barauslagen erfolgte erst im Nachhinein. Außerdem kann ein fehlendes Vier-Augen-Prinzip bei der Stammdatenverwaltung zu Manipulationen im Zahlungslauf führen. Der Landes-Rechnungshof empfiehlt daher, Regelungen zum internen Kontrollsystem einzuführen. Mehr Sorgfalt und Sensibilität erwarten sich die Prüfer zudem im Umgang mit möglichen Interessenkonflikten bei der Beauftragung von Gemeindevertretern oder -mitarbeitenden. Eine besondere Rolle spielt in Göfis die Deponie der Gemeinde. Mit ihr sind Einnahmen, aber ebenso Risiken verbunden. Bestehende Verträge sind nachteilig für die Gemeinde, weil sie es versäumte, sich finanziell und rechtlich abzusichern. Brigitte Egger-Bargehr weist darauf hin, dass wichtige juristische Vereinbarungen jedenfalls vorab genau zu prüfen und vom dafür zuständigen Gemeindegremium zu genehmigen sind.

Haushaltskonsolidierung dringend erforderlich

Durch die pandemiebedingte Krise wird sich die vorher schon schwierige finanzielle Situation voraussichtlich weiter zuspitzen. Der Landes-Rechnungshof sieht es als notwendig an, Potenziale sowohl zur Einnahmensteigerung als auch zur Ausgabensenkung zu erheben und zu realisieren. Für die Planung von künftigen Projekten muss daher ein längerer Betrachtungshorizont herangezogen werden. Konkrete stufenweise Tilgungspläne zum Abbau des Schuldenbergs sind zu erarbeiten. Zur langfristigen Haushaltskonsolidierung regt die Direktorin gezielte Maßnahmen zur Kostensenkung sowie neue Ertragsquellen, wie eine Zweitwohnsitzabgabe, an. Um eine lebenswerte Gemeinde für die Bevölkerung zu bleiben, braucht es einen sorgsamen Umgang mit öffentlichen Geldern sowie eine gewissenhafte und gründliche Befassung mit den gemeindeinternen Abläufen – weil diese letztendlich alle mit finanziellen Auswirkungen verbunden sind.

Factbox.

Kenndaten

Gebarung gesamt in Tsd. €

	2015	2016	2017	2018
Gesamteinnahmen	11.364	10.589	13.181	11.383
Gesamtausgaben	11.364	10.589	13.181	11.487
Administratives Jahresergebnis	0	0	0	-104
Maastricht Ergebnis	664	270	-1.427	-312

Laufende Gebarung in Tsd. €

Einnahmen	7.846	7.665	7.619	8.071
Ausgaben	7.477	6.469	6.668	7.531
Ergebnis	369	1.196	951	540
Freie Finanzspitze*	-604	45	-93	-632

Verschuldung

Stand 31. Dezember in Tsd. €

Kredite	12.527	13.157	15.722	15.049
Leasing	0	0	0	0
Haftungen	574	539	524	513
Verschuldung pro Kopf**	3,98	4,11	4,83	4,59

Personal und Einwohner

Stand 31. Dezember

Beschäftigte***	27,95	30,35	31,95	36,36
Einwohner****	3.461	3.517	3.522	3.508

* in früheren Prüfberichten des Landes-Rechnungshofs als freie Finanzspitze II bezeichnet

** Kredite inkl. Leasing je Einwohner (Bevölkerungszahl gemäß FAG 2008 bzw. FAG 2017)

*** Vollzeitbeschäftigte ohne Lehrling; 2015 bis 2017 laut Rechnungsabschluss, 2018 laut Gemeinde

**** Hauptwohnsitze und weitere Wohnsitze

Quelle: Gemeinde Göfis; Berechnungen Landes-Rechnungshof; Rundungsdifferenzen

Für Rückfragen

Dr. Brigitte Eggler-Bargehr
Landes-Rechnungshof Vorarlberg
+43 5574 / 53069-30100
+43 664 / 88986837
brigitte.eggler-bargehr@lrh-v.at
www.lrh-v.at